

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 70 (1978)

Heft: 4

Artikel: Mitbestimmung im britischen Postbetrieb

Autor: Brügel, J.W.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354899>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Mitbestimmung im britischen Postbetrieb

J. W. Brügel

Vor einem Jahr gab es in Grossbritannien einen kühnen Vorstoss in der Richtung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft: der von der Regierung eingesetzte Studienausschuss unter Führung des Historikers Lord Bullock hatte ein Gutachten erstattet, in dem vorgeschlagen worden war, wenn dies von den Betroffenen gewünscht wird, die Leitung von Betrieben mit mindestens 2000 Beschäftigten zur Hälfte Arbeitnehmervertretern zu übergeben.

Seither ist auf dem Gebiet zwar viel geredet und geschrieben worden, aber geschehen ist so gut wie gar nichts. Einer der wichtigsten Gründe dafür, wenn auch nicht der einzige, ist, dass im gewerkschaftlichen Lager keine Einigkeit über die Materie herrscht. Wichtige Gewerkschaften wie die Maschinenbauer (1,4 Millionen Mitglieder) oder die Elektrotechniker (fast 500 000) wollen sich mit dem Gedanken nicht befreunden, weil sie darin eine Beschränkung der gewerkschaftlichen Aktionsfreiheit zu sehen glauben. Andere stehen dem Bullock-Bericht positiv gegenüber. Aber selbst wenn es einen einheitlichen gewerkschaftlichen Standpunkt gäbe, kann man von der Regierung Callaghan in einer Minderheitsstellung kaum erwarten, dass sie so weitreichende Vorschläge als Gesetzesvorschlag dem Parlament vorlegt.

Wenn es schon im Augenblick zu keiner Gesamtregelung kommen kann, hat man jetzt mit einem Vorstoss auf dem Teilgebiet des Postbetriebes einen wichtigen Anfang gemacht. Die Postangestellten sind seit Jahrzehnten, als der Gedanke in England noch ganz fremd war, dafür eingetreten, dass ihre Repräsentanten eine Vertretung in der Leitung des Betriebs übernehmen sollen, und es war daher logisch, dass mit ihnen der Anfang gemacht wurde. Ein Gesetz aus dem Jahr 1977 über die Organisation des Postbetriebes in Form einer selbständigen nationalisierten Korporation gibt dafür die legale Grundlage. Nun stand der Verwirklichung des Grundsatzes nichts mehr im Wege, ausser einem Streit zwischen den beteiligten Gewerkschaften über die Stärke ihrer Vertretung. Dieser übrigens noch nicht ganz beigelegte Konflikt hat die Einführung des neuen Systems für längere Zeit aufgehalten. Aber jetzt konnte die Sache doch in Gang gesetzt werden. Es gibt eben in Grossbritannien kaum eine Angelegenheit, an der nur eine einzige Gewerkschaft beteiligt ist. Vier verschiedene Gewerkschaften organisieren nur Angestellte des Postbetriebs; aber dann gibt es noch Staatsbeamtenverbände, die Sektionen für den Postbetrieb haben. Zwar gibt es eine allen gemeinsame Dachorganisation, aber in deren Rahmen liess sich die Sache nicht lösen.

Da man sich jetzt zumindest über die Aufteilung der Sitze in der zentralen Leitung geeinigt hatte, konnte Industrieminister Eric Varley die Ernennungen in den Vorstand vollziehen, der insgesamt 18 Mitglieder umfasst. Sieben Mitglieder vertreten den Betrieb. Vier wurden als unabhängige Fachleute ernannt. Bei den restlichen sieben erfolgte die Ernennung auf Grund gewerkschaftlicher Vorschläge. (Um die wichtigsten Wünsche befriedigen zu können, wurde den Gewerkschaften statt – wie ursprünglich geplant – sechs, noch ein weiteres Mitglied zuerkannt.) Je zwei der sieben werden von den beiden stärksten Organisationen, den Pöstlern und den technischen Angestellten, des Postbetriebes gestellt, je eines von drei schwächeren Organisationen. Unter den unabhängigen Fachleuten befindet sich ein Gewerkschaftssekretär aus einer anderen Branche. Von den 18 Mitgliedern sind zwei Frauen. Die Frauen stellen zwar die gute Hälfte der Bevölkerung, sie sind also untervertreten, aber man muss schon froh sein, dass sie nicht ganz vergessen worden sind.

Dem Arbeitnehmereinfluss in der Zentrale soll eine gleiche Regelung auf der regionalen und auf der örtlichen Ebene folgen. Gewerkschaften, die bei der Besetzung der Sitze im zentralen Organ nicht berücksichtigt werden konnten, sollen dort zum Zuge kommen. Aber über die Aufteilung der Sitze liegt noch keine volle Einigung vor. Um weitere Verzögerungen zu vermeiden, ist man von dem ursprünglichen Plan, die neue Organisation gleichzeitig auf allen drei Ebenen in Kraft zu setzen, abgekommen.

Die Neuregelung ist für eine Versuchszeit von zwei Jahren gedacht. Inzwischen will man Erfahrungen auf einem Gebiet sammeln, das völlig neu ist und in dem es bisher keine Erfahrungen gibt. Aber das Experiment wird nicht nur von anderen Arbeitnehmerkategorien im Lande mit Interesse verfolgt werden, sondern überall, wo die Frage der Mitbestimmung in dieser oder jener Form zur Debatte steht.